

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Veranlagungsbeleg für die Steuer 75 P. — Zeit- und Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Bismarckstr. 38-41. Telefon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Adr.: Altkreisamt Bochum.

### Bergleute, nun müßt ihr handeln!

Wer am 6. Juni zu Hause bleibt oder einem Feind der Demokratie und der Sozialisierung wählt, der hat kein Recht sich zu beklagen, wenn er wieder geknechtet und gebütelt wird.

Alle offenen und verkappten Feinde des Selbstbestimmungsrechts des Volkes haben sich vereinigt und wollen am 6. Juni eine Reichstagsmehrheit nach dem Herzen der Junker, Militaristen und Kriegsgewinnler schaffen. Gelingt das, dann ist auch jede Aussicht auf eine vernünftige, deutschfreundliche Herbeiführung des ungeheuerlichen Versailler Friedensvertrages verloren. Einer Reichsregierung, die sich auf die borusischen Junker und alldemokratisch-kapitalistisch-militaristischen Gewaltpolitiker stützt, werden die Ententeinmächte mit harterzigem Mißtrauen entgegentreten. Der vollständige Verfall Deutschlands träte ein.

Wenn die Feinde der Demokratie und der Sozialisierung am 6. Juni siegen, dann wird ganz gewiß keine völkerefreundliche Weiterentwicklung unserer verfassungsmäßigen und wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten, sondern das Gegenteil tritt ein. Noch am letzten Tage der Nationalversammlung haben die reaktionären Parteien die Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit verhindert. Die Militärjustiz soll weiter bestehen, soll weiter wirken gegen demokratisch gesinnte Männer und Frauen! Der alte Militarismus, der uns ins Unglück gestürzt hat, soll wieder auferstehen. Das wollen die reaktionären Parteien, das werden sie erzwingen wollen, wenn sie die Reichstagsmehrheit erhalten. Neue Kriege, neues Völkermorden wäre die Folge.

Mit dem freien, gleichen Wahlrecht aller Volksgenossen wird ausgeräumt werden, wenn die Kappisten die Gesetzgebung beherrschen. Das Streikrecht der Arbeiter und Angestellten soll dann erdrosselt werden. Das verruchte System der schwarzen Listen, der Zwangsarbeitsnachweise, der brutalen Maßregelung soll wieder auferstehen. Keine Verbesserung des Betriebsrätegesetzes, sondern seine Verhinderung zur bösartigen Arbeiterfeindschaft ist das Ziel der reaktionären Parteien. Bergleute, ihr müßt ja, wie jetzt schon auf zahlreichen Werken die Betriebsräte schikanieren werden. Zur rücksichtslosen Maßregelung der christlichen Arbeiter- und Angestelltenvertreter könnt es, wenn der 6. Juni ein Siegstag der Reaktion würde.

Dann wäre keine Hoffnung mehr auf gründlichen Bergarbeiterkampf durch zeitgemäße Gesetze. Die Verlängerung der Schichtzeit auf 10 bis 12 Stunden ist das bereits ausgesprochene Ziel der Reaktionäre! Statt wirklichen Bergarbeiterkampf käme wieder die „weiße Salbe“, der verbitternde Bergarbeiterkern!

Kein gutes Reichsberggesetz, keine Arbeiterkontrollen, keine gründliche Anwartschaftsreform! Keine Sozialisierung des Bergbaues, sondern die Verhärtung der kapitalistischen Ausbeutung! Keine gewerkschaftlichen Tarifverträge mehr, sondern Wiedereinführung des früheren Gebodensystems! Kein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten, sondern der krasse Herren-im-Hause-Standpunkt!

Das ist das Ziel der Reaktion, wenn es auch nun vor der Wahl abgestritten wird, um die Arbeiter zu täuschen. Vor der Wahl hängen sich die Reaktionäre den Mantel der Arbeiterfreundschaft um. Ist ihnen der Wählerfang gelungen, dann wird die Maske abgeworfen!

Bergleute! Eure politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften sind am stärksten bedroht, wenn am 6. Juni der reaktionäre Volksehrtrag gelingt. Ihr müßt doch, wie ihr vor dem Kriege und auch während des Krieges mißhandelt wurdet durch die Agenten des Kapitalismus. Wollt ihr wieder in die frühere Rechtlosigkeit verfallen? Nein, das wollt ihr nicht, aber darum müßt es nun handeln!

Bergleute! Keiner von euch darf vergessen, sein Wahlrecht auszuüben. Eure wahlberechtigten Frauen, Töchter und Schwestern müssen ebenfalls sämtlich zur Wahl gehen. Diesmal kommt es wirklich auf jede Stimme an. Wer sein Wahlrecht nicht ausübt oder einen Feind der Demokratie und der Sozialisierung wählt, der begeht eine selbstmörderische Tat. Hört es, ihr Bergleute! Diesmal geht es ums Ganze!

Kameraden! Arbeitsbrüder! Der 6. Juni muß ein gewaltiges Massenaufgebot der Arbeiterklasse sehen. In dichten Scharen müssen vor allen Dingen die Bergleute aufmarschieren zum Schutz der schwerbedrohten politischen Volksrechte und ihrer wirtschaftlichen Errungenschaften. Die kappistischen Parteien müssen erfahren, daß sich das arbeitende Volk Deutschlands nicht wieder in das alte Joch spannen läßt.

Bergleute, denkt am 6. Juni daran, was alles ihr vor dem Kriege und während des Krieges gelitten habt durch die übermächtigen Schergen des Kapitalismus! Man glaubt, ihr hättet das alles schon wieder vergessen, man hofft euch durch schwindelreiche Flugblätter wieder für das alte System einfangen zu können. Bergleute, zeigt den Schwindlern, daß ihr nichts vergessen habt!

Geran an den Feind der Volksrechte! Männer und Frauen des arbeitenden Volkes, handelt am 6. Juni so, daß dieser ein weltgeschichtlicher Siegstag der Arbeiterklasse ist. Vorwärts Kameraden, vorwärts zu eurem Siege! Massen heraus! Nieder mit den offenen und heimlichen Kappisten!

### Verträgt sich die Sozialisierung mit den Grundätzen des Christentums?

„Nein!“ antworten die Verteidiger der privatkapitalistischen Profitwirtschaft und suchen dies mit allerhand Redensarten zu bewähren. Demgegenüber ist es außerordentlich interessant, zu vernehmen, wie sich ein hervorragender Führer der christlichen Gewerkschaften zu der Sozialisierungsfrage äußert. Dem „Vorwärts“ wird die Abschrift eines Briefes dieses christlichen Gewerkschaftsführers — sein Name wird noch verschwiegen — an einen Gefinnungsgenossen zur Verfügung gestellt. In diesem Briefe heißt es:

Sobiel kann ich Ihnen heute schon sagen: auch die christlich orientierte und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft lehnt es ab — abgesehen von einigen älteren Eigenbrötcheln — entschieden ab, unter dem individualistisch-kapitalistischen Wirtschaftssystem in Zukunft Fortschritt zu tun. Wir müssen zu einer Gemeinwirtschaft kommen, die einerseits den strengen Staatsbureaucratismus vermeidet und dem Kapitalismus die antisozialen Eigenschaften nimmt. Es besteht auf Seiten der christlichen Arbeiter Genugtuung, die privatmonopolistischen, der Massenverwertung dienenden, lebensnotwendigen Werke in Staatsregie oder Gemeinwirtschaft zu nehmen. Die Preisstreben und die Ausbeutung der Allgemeinheit durch die Schwerindustrie fordern geradezu heraus. Auch die

Vergiftung der öffentlichen Meinung durch die Kohlen-Schlöbbarone (Ankauf und kapitalistisch-soziale Beeinflussung eines wesentlichen Teiles der Presse usw.) sind ein weiterer Anlaß, um durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gemeinschaftlicher Art diesen Herren ein wirksames Paroli bieten zu können.

Auch ich verpreche mir von den jetzigen Selbstbestimmungs-körpern und Arbeitsgemeinschaften der Industrie vorläufig nicht das, was man sich allgemein zurzeit davon verspricht. Die Hoffnungen hierauf sind weit übertrieben. Den gewissigen, Unternehmervereinteren stehen bei der Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen in den Arbeitsgemeinschaften, Selbstbestimmungskörpern, Arbeitervereinigungen usw. sehr oft Arbeitervertreter gegenüber, die sich durch bereitwilliges Entgegenkommen der Unternehmer der einzelnen Branchen in der Lohnfrage verlocken lassen, den Ambitionen der Unternehmer auf das Interesse der Allgemeinheit Vorkaufsdienste zu leisten. Allerdings kommen aus dem Arbeiterlager auch schon Stimmen her, die die Schliche des Kapitalismus durchschauen. Wenn wir nun an die gemeinwirtschaftliche Umformung eines Teiles der Koh-

len- und Stahlindustrie herangehen wollen, ... dann brauchen wir

eine Mehrheit im Parlament. Leider ist schon zuviel Zeit verstrichen, und der Kapitalismus hat sich in seiner neuen Position bereits fest verankert und festgesetzt. Die beiden Reichsparteien können ihn unbedingt und zum Teil in seiner alten Form. Das Zentrum (Christliche Volkspartei), dem viele christliche Gewerkschaften angehören, steht in der Frage gespalten da. Der rechte Flügel und seine Mittelständeleute machen nicht mit. Die Arbeiter schon. Die Demokratische Partei, in der die Vertreter des Bank-, Handels- und Portkapitals ein gar gewichtiges Wortlein mitzureden haben, dürfte für solche „sozialistische Experimente“ nicht zu haben sein.

Die Sozialisierung ist also durchaus mit den christlichen Grundätzen vereinbar, wie uns der christliche Gewerkschaftsführer ausdrücklich bestätigt. Er erklärt, daß auch die christlichen Arbeiter, abgesehen von „einigen älteren Eigenbrötcheln“, nicht geneigt seien, in Zukunft dem individualistisch-kapitalistischen Wirtschaftssystem Fortschritt zu leisten. Wenn diese Anschauung auch in der Gewerkschaftsprelle nachdrücklich zum Ausdruck käme, würde der Volkswille der Sozialisierung damit nur gedient sein.

### Volkswirtschaftliche Rundschau. Das Kinderelend in Deutschland.

Mrs. Ethel Gohhouse, eine Engländerin, teilte auf dem Kongress für Kinderhilfe in Genf mit: Die augenblickliche Geißel der Kindheit ist die Tuberkulose. Zahlen: Wir doch in Leipzig etwa 8000, in Köln über 10000, in Hamburg etwa 18000, in Breslau über 7000, in Berlin ungefähr 20000 tuberkulose Kinder. Welch ein Meer von Leid und Elend in wenigen trocknen Zahlen! In der Stadt Barmen befindet sich unter je 5 Kindern zwischen 1 und 3 Jahren immer eines, das infolge schwerer Mangelkrankheit nicht leben oder gehen kann.

Mrs. Elsie Wilson, eine andere Engländerin, schreibt, nachdem sie Berlin und Dresden besichtigt hatte: „Fast alle Kinder scheinen mit Tuberkulose.“ In der 115. Gemeindeschule von Berlin fand man von 650 Kindern 161, die eine Schube mehr bekamen (nur nach Vollschube), 142 ohne Ranter oder warmes Liebetuchungsstück, 305 bis keine Wäsche oder nur elende Lumpen bekamen, 378, bei denen es keinen geeigneten Raum gab, 341, bei denen nie ein Kröpfen Milch ins Glas kam, 106, deren Eltern nicht einmal die bedürftigen Lebensmittelanforderungen konnten, 118 waren tuberkulös, 48 durch Unterernährung gelähmt zurückgeblieben, 50 außerordentlich schwach und wogen bis zu 10 Kilogramm unter der Norm, 85 Kinder starben im Laufe des Jahres an den Folgen der Entehrung und Unterernährung. Nach den Feststellungen Mrs.

Gohhouses sind 2 1/2 Millionen deutscher Kinder dem Untergang geweiht, wenn nicht planmäßig geholfen wird, und rund 6 Millionen Kinder ernstlich gefährdet. Das Elend als Folge des Krieges und der Mißbräuche kann keine Partei in den nächsten Jahren beseitigen. Wenn aber den Parteien der besitzenden Klassen Gesetzgebung und Verwaltung überlassen werden, ist auch jede Milderung ausgeschlossen. Um das zu verhindern, muß jeder Bergarbeiter nur den sozialistischen Kandidaten seine Stimme geben.

### Gesetzgebung und Verwaltung. Die Sozialisierungskommission

Ist auf Einladung der Reichsregierung wieder zusammengetreten und hat sich bereits in mehreren Sitzungen mit Bergbaufragen befaßt. Soweit man nach dem bisherigen Verlauf der Aussprache urteilen darf, steht die Mehrheit der Kommission auf dem Standpunkt, die privatkapitalistische Bergbauwirtschaft entspreche nicht den Gemeinschaftsinteressen. Ob die dahingehenden Vorschläge der Sozialisierungskommission Gesetz werden, hängt ganz von dem Ausfall der Reichstagswahlen ab. — Der Sozialisierungskommission gehören an: Prof. Fallob, Friedrich Westusch, Dr. Adolf Braun, Adolf Coelen, Dr. Rudolf Silberding, Otto Sue, L. Kaufmann, Karl Kautsch, Direktor Hans Krümer, Dr. Karl Meißner, Dr. Robert Kuczynski, Prof. Dr. Emil Lederer, Prof. Hugo Lindemann, Franz Reußel, Dr. Walter Rathenau, Karl Friedrich v. Siemens, Prof. Dr. Josef Schumpeter, Paul Umbreit, Generaldirektor Dr. Boyelstein, Prof. Alfred Weber und Rudolf Wissel.

Die Sozialisierungskommission hat das Recht, auf Grund ihrer Arbeiten der Reichsregierung Vorschläge zu gesetzlichen und Verwaltungsmassnahmen gemeinwirtschaftlicher Art zu unterbreiten und Anregungen zu einer wirtschaftlichen und zweckmäßigeren Gestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe, insbesondere der Post und Eisenbahn zu geben. Sie hat das Recht, der Reichsregierung über Vorschläge sowie der Begünstigung von gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen bei ihrer Vorbereitung. Zur Durchführung ihrer Arbeiten wurde die Sozialisierungskommission ermächtigt, von den Bestimmungen über die Auskunfts-pflicht Gebrauch zu machen. Ihre Mitglieder gelten in diesem Falle als Beauftragte der Reichsregierung. Außerdem ist sie befugt, die zu ihren Arbeiten erforderlichen Anstalten bei allen zentralen und untergeordneten Behörden, für die das Reichswirtschaftsministerium zuständig ist, einzusetzen.

### Reform des Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsgesetzes.

Durch Verordnung vom 12. Mai 1920 haben diese Gesetze wesentliche Erweiterungen erhalten. Zunächst ist im § 3 des Gewerbegerichtsgesetzes bestimmt worden, daß für die Betriebsbeamten, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen betraut Angestellte, deren Jahresverdienst über 1500 (bisher 2000) M. nicht übersteigt, das Gewerbegericht in Streitfällen nunmehr auch zuständig ist. Dem § 13 Absatz 2, der die Wahl der Richter vorbestimmt, ist folgende Erweiterung angefügt worden: „Die Wahl findet nach den Grundzügen der Verhältniswahl statt, doch neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind. Hierbei kann auch die Stimmabgabe auf Vorzugslisten beschränkt werden, die bis zu einem im Statut festgesetzten Zeitpunkt vor der Wahl einzureichen sind.“ Zur Teilnahme an den Wahlen soll in Zukunft berechtigt sein, wer das 20. (bisher 25.) Lebensjahr vollendet hat, ebenso die weiblichen Personen. Dann ist die Berufungssumme noch von 100 auf 1000 M. erhöht worden. — Beim Gesetz über die Kaufmannsgerichte ist die Gehaltsgrenze für die Präsidenten von 5000 auf 15000 M. erweitert und die Berufungssumme von 300 auf 1000 M. erhöht worden, außerdem sind auch hier in Zukunft die weiblichen sowie alle übrigen Personen dem 20. Lebensjahr an zur Teilnahme an den Wahlen berechtigt. Tiefe Verordnung ist mit dem 10. Mai 1920 in Kraft getreten.

### Nachrichten aus der Montanindustrie. Höhere Berggewinne.

Auf die dringliche Frage, ob die Berggewinne einen Abbau bei Breite gestatten, geben folgende Zahlen auch Auskunft:

Jahr	Fabrikationsgewinn	Abwärtigung	Nettogewinn (ohne Vortrag)	Zuwendende
1914:	4,26	2,00	239 171	3 %
1918:	12,70	5,80	4 381 164	14 %
1919:	16,26	7,80	4 360 000	14 %

Die Produktion war 1919 geringer als im Vorjahre, der Fabrikationsgewinn und 3 1/2 M. höher.

Jahr	Förderung	Ertrag	Produktionsüberschuss	Arbeiter
1918:	110 730	2 554 376	263 024	375
1919:	87 041	1 096 546	567 027	403

Demnach wurden 1918 pro Tonne Förderung rund 2,40 Mark Betriebsüberschuss gemacht, im Jahre 1919 aber, wo die Unternehmer klagen sie können vor dem Bankrott, betrug der Betriebsüberschuss rund 6,50 Mark pro Tonne Förderung!

Jahr	Förderung	Produktionsgewinn	Abwärtigungen	gebliebene Reserve
1912:	906 493	2 074 826	1 174 826	900 000
1918:	842 751	2 212 186	867 545	1 600 000
1919:	638 321	2 548 082	1 349 082	1 000 000

Die Förderung ist gegen 1912 bedeutend gesunken, der Betriebsgewinn aber gestiegen. 1912 betrug er 2-2,50 M., 1919 fast 4 M. pro Tonne Förderung. Zum Bankrot werden sie das nicht.

Wie sind der Meinung, daß die schwerreichen Unternehmer recht gut einige Zeit ohne neue Gewinne leben können, damit der Preisabbau beginnen kann.

### Schiebergewinne im Benzolhandel.

Der Benzol-Verkaufverband (Sty Bochum) berichtet über das Jahr 1919, die Herstellung von 90-prozentigem Benzol habe 119 056 Tonnen betragen, gegen 181 088 in 1918. Der Abfall sei nach den verschiedenen behördlichen Vorprüfungen vor sich gegangen. Früher seien für hauptsächlich chemisch-technische Zwecke etwa 270 000 Tonnen Benzol eingeführt worden. Diese Einfuhr habe durch die Kriegsjahre fast ganz Benzolgeheimen entwidelt, der trotz aller behördlichen Vorprüfungen und schärfer Überwachung durch Schieber und Schleichhändler zu Auswüchsen führte. Die unter Wirtschaftlichen in unbilliger Weise beeinträchtigt. Dabei kann nicht bestritten werden, daß die bestehenden Höchstpreis-Verordnungen berattigen Kaufmännischen Vorprüfungen Mai 1919 verpflichtet waren, das Benzol zu dem in 1915 festgesetzten Höchstpreis von 65 M. die 100 Stils ab Erzeugungshelle zu verkaufen.



und erst von Mitte Mai ab die Berechtigung erhielten, für die 100 Mio. ab Erzeugungstelle 110 Mt. zu fordern. Dabei wurden am offenen Markt 400-500 Mt. und später sogar 600-700 Mt. für die 100 Mio verlangt. — Also durch Umgehung der Höchstpreisverordnung werden mehr als 200 Millionen Reichsmark für die Kohle erzielt! Das liegt aber nicht an den Höchstpreisverordnungen, sondern an der unerlässlichen Möglichkeit der Verkäufer, die sich den Preis um die Kopf ihrer Arbeiter schmeikeln.

**Wollen solche „waffelnde“ Unternehmer auch entschädigt werden, wenn der Bergbau sozialisiert wird?**

Zu dieser für alle Volksgenossen wichtigen Frage wird man gezwungen, wenn man sieht, was selbst die „Bergwerkszeitung“ über fabelhaft hohe Unternehmergewinne schreibt. Dort wird geschrieben von dem Abschluss des Braunkohlenswerkes Karoline bei Oestrich: „Die Karoline hat von den Braunkohlengesellschaften, deren Werke an der Berliner Börse bekannt sind, das kleinste Aktienkapital und die beste Dividende; in der Dividende kommen ihr Aste und Eintritt am nächsten. Von anderen kleinen Werken wäre die Unterfelder Louise-Grube zu nennen, die für das letzte Geschäftsjahr sogar 64 Prozent Dividende ausschütten konnte. Die konsolidierte Marie ist für das letzte Geschäftsjahr bei Rekord-Abfertigungen zu ihrer Rekord-Dividende von 7 Prozent zurückgekehrt, die allerdings mitte der 80er Jahre gewesen ist (nur für 1872/73 betrug die Dividende 7 1/2 Prozent). Im neuen Jahre ist in den Aktien der Gesellschaft eine große Aufwärtsbewegung eingetreten. Diese Erhebung erklärt sich aus zwei Gründen: erstens kommen die Aktien Werke mit ihren Reuten eher zurecht als die großen, zweitens hat sich in der Rentabilitäts-Frage zwischen Tagebau und Tiefbau eine Verschiebung vollzogen. Bei den heutigen Verhältnissen hat der Tiefbau sogar einen gewissen Vorrang; denn er hat zwar einen größeren Verbrauch, aber er wird von der allgemeinen Teuerung noch nicht betroffen, wie der Tagebau. Doch dies mehr nebenbei! Seit 1897, dem Jahre der letzten Kapitalerhöhung, hat die Caroline zusammen 490 Prozent Dividende ausgeschüttet. Dabei ist auch nicht einmal durch Obligationen eine Vereinfachung neuer Mittel erfolgt. Die Gesellschaft hat aus sich heraus alles aufgebracht, was an die Aktionäre und sonst ausgehahlt worden ist.“

**Die deutsche Ammoniak-Verkaufs-Vereinigung**

führt in ihrem Geschäftsbericht aus: Während im Oktober 1918 innerhalb der Vereinigung, auf schw. Ammoniak umgerechnet, noch rund 32 000 Tonnen erzeugt wurden, betrug die Herstellung 1919 monatlich nur rund 18 000 Tonnen und im April sogar nur rund 7 000 Tonnen. Ammoniak-Wasser mußte seit Anfang Oktober in großem Umfang erzeugt werden, weil trotz unangenehmer Vorstellungen bei den maßgebenden Behörden die erforderliche Schwefelsäure in nur einigermaßen ausreichendem Umfange nicht zu beschaffen war. Die so hergestellten Mengen Ammoniak-Wasser mußten unter Anwendung großer Kosten und mit der Aussicht auf weitgehende unvermeidliche Verluste nahezu vollständig gelagert werden, da ihre Umwandlung in feste, salzartige Stickstoffverbindungen sich aus Mangel an geeigneten Anlagen sowie an Kohlen und Kalk als nicht möglich erwies. Der Verkauf des Berichtsjahres hat erkennen lassen, daß beim Lokaleisbetriebe die Lösung der Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Bindung der Gase sich durchführen läßt, für gleichmäßige und gesteigerte Gewinnung der Nebenenergie von der größten Bedeutung erscheint. Der Vereinigung ist im Berichtsjahre die Bergwerksgesellschaft Glöckner-Zeug n. b. G. in Gerthe i. W. (Stammkapital 4200 Mt.) neu beigetreten.

**Preise für deutsche Kalksteine in Großbritannien.**

Nach dem Abkommen zwischen Deutschland und Großbritannien über Lieferung von Kalkstein stellen sich die Preise pro Tonne in den britischen Hauptstädten für 80-prozentige Chloralkalium auf 19 Pfund Sterling, 13 Schilling und 1 Penny (Friedenskurs rund 393 Mark), für 90-95-prozentige Chloralkalium auf 21 Pfund Sterling, 8 Schilling und 8 Penny (423,65 Mt.), für 90-prozentige Sulfat auf 22 Pfund Sterling, 3 Schilling, 11 Penny (fast 444 Mt.), für 80-prozentige Düngelgase auf 11 Pfund Sterling, 13 Schilling und 1 Penny (233 Mt.). Die Transport- und Verladekosten trägt der Verkäufer.

**Gefehungskosten des britischen Bergbaus.**

Dem „Board of Trade Journal“ entnehmen wir: Der parlamentarische Sekretär des Arbeitsministeriums erklärte im Unterhaufe: die Lohnkosten der Kohlen betragen 1913 6 Schilling 4,01 Pence, 1918 18 Schilling 7,98 Pence. Im Jahre 1918 waren 1 110 884 Personen in der Kohlenbergwerksindustrie beschäftigt, 1919 aber 1 163 000. Pro Person wurden gefördert 1913: 259, 1918: 197 1/2 Tonne. — Also auch in Großbritannien trat ein starker Förderrückgang ein, obgleich der dortige König ruhig auf seinem Thron saß. Nicht die Revolution, sondern der Krieg hat die Industrien vertrieben.

**Die kanadische Kohlenförderung**

betrug 1913: 15,01 Mill. Tonnen, 1918: 12,26 Mill. Tonnen 1917: 14,01 Mill. Tonnen, 1918: 11,97 Mill. Tonnen, 1919: 14,58 Mill. Tonnen. — Auch in Kanada wirkte der Krieg verheerend auf die Bergwerksindustrie ein. Kanada fördert nicht genug für seinen Eigenbedarf. Es mußte 1913 über 16 1/2, 1919 über 15 Millionen Tonnen Kohlen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika einführen.

**Die Kohlenförderung in den Verein. Staaten von Nordamerika**

wird, wenn man das Ergebnis der zweiten Märzwoche als Berechnungsgrundlage annimmt, 1920 in den Westkohlenbezirken rund 520 Mill. Tonnen, in den Ostkohlenbezirken gut 84 Millionen Tonnen betragen.

**Ueber die japanische Kohlenindustrie**

bringt die „Handels- und Industriezeitung“ nach englisch-japanischen Angaben genaue Mitteilungen. Danach haben betragen:

	1912	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Förderung i. Mill. To.	19,61	21,31	22,29	20,49	22,00	26,26	28,09
Eigenverbrauch	13,48	14,92	16,21	16,25	18,57	19,02	—
Ausfuhr	3,46	3,87	3,88	2,92	3,01	2,81	2,19

Die Einfuhr betrug 1912 rund 808 000, 1918 schon 768 000 Tonnen. Der bedeutend verstärkte Eigenverbrauch weist hin auf die fortschreitende Industrialisierung Japans. Der Preis pro Tonne Inlandskohle betrug 1913 etwa 13 Mt., bis 1918 war er schon auf etwa 41 Mt. gestiegen.

**Aus den Unternehmerverbänden.**

**Wohin führt das Spalten?**

Gerrenannmachung und Anechtssinn sind weisend verstanden; das haben wir in der Revolutionszeit schon tausendfach erfahren können. Unter den Wetterfahnen der Revolution schlug die Gerrenannmachung so vieler Verlogenheit in stählern Anechtssinn um, weil sich der gelbe Anechtssinn im spartakistischen Löwenfell freizog. Allmählich lehrte aber alles wieder zu seiner Ursprünglichkeit zurück. Das spartakistische Löwenfell kann niemand mehr über den darunter stehenden gelben Anechtssinn täuschen, und so verdammt sich der selbe Anechtssinn der Verlogenheit wieder in Gerrenannmachung. Davon zeugt auch folgendes Schriftstück, welches durch die sozialdemokratische Tagespresse geht:

**Unterhoffnungshütte**

Urtiengeseellschaft für Bergbau und Hüttenindustrie.

Abt. A. Oberhausen, Rhld., den...

Vertraulich!

Betrifft: W. O. geboren am ... hat sich bei uns um Arbeit beworben. Laut Abt. Oberhausen bezog nach seiner Angabe ist er bei Jhnen unter Nummer ... von ... bis ... beschäftigt gewesen.

Wir bitten um umgehende Mitteilung, ob über den Genannten etwas Nachteiliges bekannt ist. Wie war seine Führung in den letzten Monaten?

Für Ihre Auskunft danken wir Ihnen im voraus bestens.

**Unterhoffnungshütte**

Urtiengeseellschaft für Bergbau und Hüttenindustrie, Abteilung A. (Unterschrift)

Wir werden hier wieder in das Zeitalter des Sozialistengesetzes, der schwarzen Listen, der Klassenjustiz, der Ausperrungen und der jauchenden Verfolgungen gegen die organisierten Arbeiter veretzt. Trotz Revolution, Betriebsrätegesetz usw. fesselt hier der Geist des „Vernunft im Dienste“ seine Aufrechterhaltung, weil sich die Arbeiter im wachsenden Bruderkampf verweigern, statt sich zu erwehren. Dieser Überwitz nimmt trotzdem seinen Fortgang, bis es eines Tages ein juchzendes Erwachen gibt.

Was haben wir in dieser Beziehung seit der Revolution nicht alles erlebt? Nacheinander tauchten auf Sozialisten, Syndikalisten, Unionisten, Kommunisten usw. und große Teile der Arbeiter leisteten ihnen Gefolgschaft. Es ist eben nichts so dumm, es findet kein Publikum. Wenn sich diese fragwürdigen Elemente, die plötzlich auftauchen und wieder verschwinden, in gemeinen Beschimpfungen gegen die alten erprobten Führer ergießen, bekamen sie Beifall und Gefolgschaft. So war es schon vor zweitausend Jahren. Diefelben Leute, die Christus „Sohn eines Menschen“ ausgerufen hatten, schrien später: „Aus Kreuz mit ihm!“ Das gleiche Schicksal teilen jetzt die alten Führer der Arbeiter.

Trotzdem sind diese Arbeiter noch nicht so schlagen, als die Führer. Wohin der Überwitz diese Arbeiter führt, das zeigt schon das vorstehende Schriftstück. Auf der ganzen Linie liegt sich beobachten, daß die alte Gerrenannmachung immer deutlicher herbortritt, je mehr die Arbeiter ihre Kräfte zersplittern. Die angeführten Spaltplätze haben nicht nur die Einheit der Arbeiter zerfallen, sondern sich selbst wiederholt gespalten. Sie werden sich auch noch weiter spalten, bis es nichts mehr zu spalten gibt und die alten Gewalten wieder im Sattel sind. Dahin führt das Spalten.

**Politische Wahlagitator der Unternehmer.**

In der „Deutschen Arbeitgeber-Ztg.“ vom 16. Mai veröffentlicht ein mitteldeutscher Arbeitgeberverband folgenden Aufruf an alle Arbeitgeber:

„Wir zum Ausgang der bevorstehenden Reichstagswahlen werden sich die Geister noch stärker als bisher in ein bürgerliches und sozialistisches Lager scheiden. Um dem Ansturm von links mit der nötigen Geschlossenheit entgegenzutreten zu können, müssen während des Wahlsampfes alle Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten zwischen den bürgerlichen Parteien ruhen, da sie in diesem Augenblick ein Verbrechen an deutschen Bürgertum wären. Für uns steht der Feind nur links. Eine weitere Zersplitterung unseres Wirtschaftslbens durch den unfruchtbarsten Sozialismus muß verhindert werden. Daher fordern wir die Arbeitgeber in aller Eile Deutschlands auf, unverzüglich und mit aller Entschiedenheit für den festen Zusammenhalt aller bürgerlichen Parteien einzutreten. Die Stellung der Arbeitgeber wird von ausschlaggebender Bedeutung für die Wahlen sein. Daher gibt keinen Zweifel an einer Partei, die sich nicht vorher durch gegenseitige Unterstützung hat, jeden Willen und jede Meinungsbereitschaft gegenüber allen anderen bürgerlichen Parteien auszuweisen und ihre volle Stimmkraft einzusetzen. Sollte eine politische Partei ein solches Abkommen ablehnen, oder sollte sie es nachträglich brechen, so darf kein Arbeitgeber und kein Bürger für sie eine Stimme abgeben. Nach vollzogener Wahl mögen sich die Parteien gruppieren.“

Wenn wir auch nicht daran glauben, daß dieser Aufruf der Reaktion den gewünschten vollen Erfolg haben wird, denn die Interessen der bürgerlichen Parteien kreuzen sich ebenfalls auf den verschiedenen Gebieten, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß der gemeinsame Haß der Unternehmer gegen die Sozialistengesetzgebungen eine Gefahr für die von der Arbeiterschaft geforderte Sozialisierung der Produktion bedeutet. Für ein Erfolg zu begreifen, kann nur durch Einigkeit der Arbeiter geschehen, ferner dadurch, daß alle Bergarbeiter bei der Reichstagswahl am kommenden Sonntag geschlossen für die Arbeitskandidaten stimmen.

**Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Zentralisation der Betriebsräte.**

Am die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes! An die Ortsstellen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände!

Die Wahlen zu den Betriebs- und Angestelltenräten stehen vor ihrem Abschluss. Die neugewählten Betriebsvertretungen haben in erster Linie Arbeitnehmerinteressen zu vertreten; sie sollen gleichzeitig dafür sorgen, daß Mühsal in der Warenherzeugung und Warenverteilung nicht lediglich private Vermögensfragen maßgebend bleiben, sondern bei allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung Rechnung getragen wird. Die Handlungen der Betriebsräte dürfen jedoch nicht vom Betriebsgeheimnis einzelner Betriebsstätten getragen sein. Das solidarische Empfinden der gesamten werktätigen Bevölkerung und das Streben nach Verwirklichung gemeinschaftlicher Gedanken sind die unbedingten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der Betriebsräte.

Diese großen Aufgaben können die Betriebsräte nur in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften erfüllen. Dabei müssen Hand- und Kopfarbeiter zusammenarbeiten. Die Schwierigkeiten, die durch die getrennte Organisation von Arbeitern und Angestellten hierbei entstehen, können und müssen überwunden werden. Die unterzeichneten Zentralstellen der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten sind dahin übereingekommen, alle Maßnahmen zur Durchführung der Aufgaben der Betriebsräte gemeinsam zu treffen und zu diesem Zwecke eine gemeinsame gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte einzurichten. Diese wird bis auf weiteres im Bureau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S.O. 10, Eingangsstr. 16 IV, ihren Sitz haben.

Die gewerkschaftliche Zentrale der Betriebsräte wird die Richtlinien für die Betriebsräte in kürzester Frist den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und den Ortsstellen der A. G. A. überreichen. Ortsausschüsse und Ortsstellen müssen in gleicher Weise wie die Zentralstellen gemeinsam arbeiten, um die Tätigkeit der Betriebsräte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. In diesem Zweck sind die Betriebsräte in die Gesamtorganisation der Gewerkschaften einzufügen. Eine dritte Zusammenfassung nach Industriegruppen, wie sie durch die Ortsausschüsse des A. D. G. B. in Berlin und Hamburg bereits vorgesehen ist, wird sich als zweckmäßig erweisen. Hierbei darf eine Trennung zwischen den Mitarbeitern der Betriebsräte, die aus Arbeiter- und aus Angestelltenkreisen gewählt sind, nicht eintreten. Die Ortsausschüsse des A. D. G. B. und die Ortsstellen der A. G. A. müssen gemeinsam eine örtliche Zentrale für die Betriebsräte einrichten.

Wir zum wird die nach Beschluß des Ausschusses des A. D. G. B. herauszugebende Betriebszeitung erscheinen. Die von der A. G. A. herausgegebene Zeitung „Der Betriebsrat“ wird fortbestehen. Ob eine Verschmelzung der beiden Organe möglich und zweckmäßig ist, wird später entschieden werden.

Durch diese Zusammenarbeit der Betriebsräte mit den gewerkschaftlichen Organisationen muß ein gewaltiger wirtschaftlicher Faktor entstehen, der nicht nur zur Beseitigung unseres Wirtschaftslens von den Folgen des Krieges, sondern zu seiner Umgestaltung zum Segen aller Arbeitenden entscheidend beitragen wird. Jede Organisation der Betriebsräte, die einer bestimmten politischen Partei dienen soll, muß diesen naturgemäßen Entwicklungsgang fördern. Wer aus parteipolitischen Gründen eine Sonderorganisation der Betriebsräte erstrebt, schwächt die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse. Diese kann und darf sich für die nächste Zeit und für absehbare Zeit nur in den Gewerkschaften konzentrieren und muß einmütig mit ihnen sein.

Nähere Anweisungen über die Durchführung dieser Organisation werden den Ortsausschüssen des A. D. G. B. und den Ortsstellen der A. G. A. durch die unterzeichneten Zentralstellen direkt übermittelt werden.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. C. Degen. Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Kupfersch. Urban. Müller.

**Kameraden, wählt für Demokratie und Sozialisierung!**

**Lasst euch nicht durch Spitzel aufputzen! Jeder Bergmann soll Verbandsmitglied sein! Sorgt dafür!**

**Christentum und Sozialismus.**

Vortrag von Pfarrer Frihe in Rhin.

An die Spitze meiner Ausführungen möchte ich folgenden Leitgedanken stellen: „Wie das Christentum wahr bleibt, trotzdem es von zahllosen seiner Vertreter kompromittiert wird, so bleibt der Sozialismus wahr, auch wenn er in diesen seiner Vertreter und Organisationsformen getrübt zum Ausbruch kommt.“ Von vielen oberflächlich Denkenden wird heute das Christentum unter Hinweis auf allerbendige Verwerfungen, die es erlebt hat, als erledigt bezeichnet. Ein detarliches Urteil ist denkender Menschen unwürdig. Das Christentum bleibt wahr, es hat eine unendlich große Mission zu erfüllen, auch wenn Christen und Kirchen viel Schuld auf sich geladen haben. Das gleiche gilt auch vom Sozialismus. Es ist in manchen Kreisen üblich geworden, auf einzelne Erscheinungen in der Geschichte des Sozialismus hinzuweisen und daraus zu Schlüssen: Mit dem Sozialismus ist es nicht! Auch eine detarliche Haltung ist denkender Menschen unwürdig. Wir müssen die Grundzüge des Sozialismus ins Auge fassen, jene Idee, die eine Erhebung der plebeischen Produktion mit dem Ziel der Selbstverwirklichung durch bewußte Produktion nach Bedarf und damit die Herstellung einer wahrhaften brüderlichen Menschheitsgemeinschaft erstrebt. (Lebhafte Zustimmung.) Diese neue Brudergemeinschaft zu verwirklichen, ist sozialistisches Ideal, sie ist das Ziel aller, die an den Sozialismus glauben und auf ihn hoffen. Selbst wenn sich die sozialistischen Parteien in ihren Anschauungen wandeln müßten, selbst wenn alle Programme der sozialistischen Parteien hien: keinen wahren und überzeugten Sozialisten dürfte das abhalten, weiter an der Verwirklichung jenes Ideals zu arbeiten; ja, erst recht müßte er dann versuchen, den Sozialismus zu verteidigen! (Lebhafte Zustimmung.)

Ein zweiter Leitgedanke, den ich aussprechen möchte, lautet: „Der Sozialismus ist unauflöslich verbunden mit der Idee der Gerechtigkeit, gerade auch die Geister der Christen!“ Man sucht uns weis zu machen, der Sozialismus habe abgewirtschaftet. Ein irrliches Urteil, wie dieses, habe ich noch nicht gehört. Die Verwirklichung des Sozialismus fordert tiefere Arbeit, man schafft nicht mit einem Handwink aus einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine sozialistische Brudergemeinde. (Lebhafte Zustimmung.) Es geht vorwärts mit dem Sozialismus! Von vielen Seiten kommt die Frage: Wir sind sozialistisch angezogen! Von wem? Demgegenüber sagen: Der Sozialismus ist das Heilswort, das unsere gegenwärtige Gesellschaft einseitig werden muß, damit die notwendige Gesellschaftsreform an unserer kranken Volksgemeinde eingeleitet wird. Gerade als Christ kann man sich diesem Einbruch nicht entziehen. (Sehr richtig!) Unsere Gegner weisen immer darauf hin, daß

es nur immer vereinzelte Christen seien, die sich offen zum Sozialismus bekennen. In einem Kölner Blatt („Rheinische Volkskraft“, D. Red.) wurde erst dieser Tage wieder diese Behauptung erneut erhoben. Ich möchte dem doch feststellen, daß in immer stärkerem Maße sich ernst zu nehmende Christen zum Sozialismus bekennen. In einer Reihe von Ländern haben wir schon seit Jahren starke Organisationen christlicher Sozialisten; auch bei uns in Deutschland wächst die Bewegung von Tag zu Tag. Uebrigens kommt es für eine Idee nicht auf die Zahl an, das sollten doch auch jene Leute wissen, die immer wieder gegen den Sozialismus Sturm laufen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn bisher in Deutschland in christlichen Kreisen der Sozialismus so wenig Verständnis fand, dann liegt das wohl auch daran, daß wir bisher in unserer Vaterland eine so starke Zergliederung von Staat und Kirche hatten! (Lebhafte Zustimmung.) Wir dürfen uns nicht mehr auf den Standpunkt stellen, daß Christentum und Sozialismus nichts miteinander zu tun haben. „Das Wesen des Sozialismus“, damit komme ich zum dritten Leitgedanke, „ist nicht Materialismus, sondern der Ehrer nach Seele!“ In der ganzen Sehnsucht, die im Sozialismus zum Ausdruck kommt, offenbart sich ein hartes Streben nach tieferem irdischen Leben. Die kapitalistische Produktionsweise hat der Arbeit und den Arbeitern die Seele gemordet; der Mensch ist durch das kapitalistische System zur feinsten Bestandteil geworden! (Lebhafte Zustimmung.) Gegen diesen Zustand protestiert der Sozialismus, er will dem Arbeiter seine Seele wiedergeben. Redner liest einige tiefbewegende Zeugnisse von der Sehnsucht der Arbeiterklasse nach tieferem Leben und fährt fort: auf die Massen, die solches Sehnen haben, trifft das Wort des Nazarenus zu: „Heil euch, die ihr Sehnsucht habt, ihr sollt satt werden!“

Ich komme zum vierten Leitgedanke: „Zentralität der Sozialdemokratie ist ein fruchtbares Bewusstsein des positiven Wertes der Religion zu bezeichnen.“ Es ist unwahrscheinlich, die Sozialdemokratie schlechthin gottlos zu nennen. Jetzt darf der Wahl berechtigt sein, was nicht verstanden wird, jenen, die sich Christen nennen, klar zu machen, daß sie nicht sozialistisch wählen dürfen. Ich bin der Auffassung, daß wir gerade, je tiefer wir uns in den Geist Jesu versenken, je elementarer die Verpflichtung empfinden, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen, damit die vorhin gekennzeichneten Ideale Verwirklichung finden können. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn heute noch kurzweg behauptet wird, die Sozialdemokratie sei gottlos, kann ich sagen: entweder sind jene, die derartige behaupten, bodenlos und unwissend, oder sie sind nicht ehrlich, oder sie wissen nichts von dem religiösen Geist Jesu! (Stürmische Zustimmung.) Vor mir liegt eine Broschüre: „Theorie und Praxis“, erschienen im Verlage des Volksvereins für das latholische Deutschland. Das dort über die Christenmenschenlichkeit der Sozialdemokratie gesagt wird in manchen Stellen, das könnte ich verprechen, wenn derjenige, der diese Behauptungen aufstellt, ein wahrer Gegner des Christen-

tums wäre. Wenn in dieser Broschüre zum Beispiel erklärt wird, die Sozialdemokratie lehne förmlich nach Verurteilung des „Christentums“, so empfinde ich das als eine neue Kreuzigung dessen, den sie ihren Heiland nennen! Eine Reihe von Zeugen stehen für meine Behauptung zur Verfügung, daß im Sozialismus ein steigendes Bewußtsein des Wertes des positiven Christentums Platz greift! (Lebhafte Zustimmung.) Das Christentum fordert geradezu den Sozialismus! Diese Behauptung möchte ich als stärksten Leitgedanke aussprechen. Je tiefer man sich in das Wesen des Christentums versenkt, je mehr wird man dazu getrieben, in sozialistischem Sinne zu wirken! (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der Sozialismus Wirklichkeit werden soll, dann brauchen wir Männer und Frauen, die Opfer bringen können. Erstes Christentum und erster Sozialismus ist nur möglich, wenn man in wahrer Liebe ausgeht. Immer mehr dringt diese Erkenntnis in sozialistische und christliche Kreise. Der Freiburger Fortel sagte einmal: „Die Arbeit im Dienste der Menschheit ist hart und aufreibend, man muß etwas haben, aus dem man neue Kraft schöpfen kann.“ Nicht Kampf gegen den Sozialismus, sondern Mitarbeit an seiner Verwirklichung empfinde ich als eine Aufgabe eines jeden wahrhaften Christen! Der Sozialismus ist für mich Art und Form wahrhafter Bruderkiebe und wahrhaften Gottesglaubens! Nicht eines jeden, der wirklich Christ sein will, ist es, in diesem Sinne mitzuarbeiten am Aufstieg des Sozialismus. Für den Sozialismus gegen Materialismus und feindmordenden Kapitalismus! (Stürmischer Beifall.)

Manche Menschen sehen in der Sozialisierungsfrage nur die Frage einer anderen Betriebsübernahme und werden in dieser falschen Auffassung von den listigen Feinden der Sozialisierung wohlüberlegt bestärkt. Daß die Sozialisierungsfrage von einer höheren Werte als vom Futtermittel aus betrachtet werden muß und betrachtet werden kann, möchten wir allen unseren Kameraden durch die vorstehende Wiedergabe des von Herrn Pfarrer Frihe im Kölner Bürgerhaus zu Pfingsten gehaltenen Vortrages verständlich machen. Der wahre Sozialist muß auch mit edler Begeisterung für sein Ziel erfüllt sein, nicht denkend an materielle Vorteile. Darin gleicht er dem wahren Christen. Die sozialistische Bewegung ist ein edler, ein hochstiller, weil gerichtet auf die Überwindung der durch das privatkapitalistische System erzeugten rücksichtslosen Selbstsucht. Darum ist der Sozialismus nächstverwandt dem universellen Christentum. Diese Verwandtschaft hat uns Herr Pfarrer Frihe durch seinen verdienstvollen Pfingstvortrag wieder deutlich erkennen lassen.



Fränzchen Behrens und der Generalfreist.

Der unser Kameraden als Streikführerorganisations von 1912 bekannte Fränzchen Behrens...

Der Kapp-Putsch war ein ungeheurer Akt, ein Verbrechen gegen die von der Mehrheit unserer Volksgenossen beschlossene Verfassung...

Fränzchen Behrens ist immer derselbe. Als Mitglied einer reaktionären Parlamentarisation nimmt er gegen den Generalfreist. Stellung...

Der Verbandstag der Bauarbeiter

tagte in der zweiten Maiwoche in Karlsruhe. Von seinen Beschlüssen sind folgende von allgemeiner Bedeutung...

Der Deutsche Bauarbeiterverband ist entsprechend den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftskongresses parteipolitisch neutral.

Allen Mitgliedern des Verbandes steht es frei, einer Partei anzugehören, die ihrer politischen Überzeugung entspricht...

Der Verbandstag spricht aus, daß es wider die Neutralität verstoßt, wenn Gelder des Verbandes oder Mittel, die im Namen des Verbandes aufgebracht werden...

Es folgte hierauf eine gründliche Aussprache über die Sozialisierung. Sie wurde eingeleitet von Referaten der Kollegen Ellinger-Gamburg und Stadtwart Wagner-Berlin...

Der Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von den Maßnahmen, die der Verbandsvorstand zur Förderung der Sozialisierung des Baugewerbes ergriffen hat...

Der Verbandstag begrüßt es, daß die Bauarbeiterverbände in der Handwerkerkammer, in den Verbänden der Bauarbeiterverbände...

Der Verbandstag billigt die Gründung eines Verbandes sozialistischer Bauarbeiter durch die bauwirtschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände...

Der Verbandstag beauftragt den Verbandsvorstand, seine Bemühungen um die Sozialisierung des Baugewerbes tatkräftig fortzusetzen...

Angenommen wurde auch der Vorlagsantrag, 5 Millionen für den neuen Verband sozialistischer Bauarbeiter zur Verfügung zu stellen.

Nach einem Heftigen der Verbandsvorsitzenden Waplow über die Arbeitseigenschaften beschloß der Verbandstag mit Zweidrittelmehrheit den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft...

Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Vertrages legt der Verbandstag in die Hände des Verbandsrates, der durch die Bezirke vertritt wird.

Seilseilergewerkschaften im Jahre 1919.

Der Seilseilergewerkschaftenverband des Feiseur- und Baugewerbes begann das Jahr 1919 mit 1375 Mitgliedern...

Die belgischen Bergleute

Berichteten dem Internationalen Generalfreistatrat, Ende 1919 seien in Belgien 167 711 Grubenarbeiter beschäftigt gewesen...

Die französischen Bergleute

Berichteten im Februar d. J. an das Internationale Generalfreistatrat, es seien in den französischen Gruben und Steinbrüchen rund 200 000 Arbeiter beschäftigt...

Polnische Bergleute für Nordfrankreich

Einem französischen Industrieblatt zufolge sollen in Nordfrankreich 1500 Arbeiter aus Polen beschäftigt sein...

Die Organisation der britischen Bergleute

hat nach dem Brüche auch eine bedeutende Verstärkung erfahren. Veranlaßt sind alle Distriktsverbände in der zentralen Miners Federation of Great Britain...

Verbrecherzügen über das Ruhrgebiet

In der „Christlichen“ „Münchener Zeitung“ (Bayern) wird in einem Bericht eines angeblichen „Augenzeugen“ aus dem Ruhrgebiet erzählt:

Der beschwerliche Zustand in Westfalen ist nicht durch die Kapp-Verbrechen hervorgerufen worden; er ist nur zum früheren Losschlagen veranlaßt worden. Es war im Industriegebiet schon seit vielen Monaten alles auf das eingehendste vorbereitet...

Wenn solche dreckige Schmutzigkeiten vorgekommen wären, würden sie sicher nicht von gewerkschaftlich und volklich geschulten Volksgenossen begangen worden sein...

Der ganze Bericht des „Augenzeugen“ ist aber erfunden und erlogen! Ein Schwerverbrecher hat sich diesen Lügenbericht aus den schmutzigen Fingern gezogen...

In diesem Anrede wird das Ruhrkohlengebiet als der Sammelplatz von Räubern und Mördern insam verurteilt. Der schmutzige „Augenzeuge“ ist sicherlich ein bezahlter Spion...

Kameraden, laßt diesen schmutzigen Elementen nicht ins Garn! Laßt euch nicht irreführen durch „radikale“ Maulschnecken...

Am 6. Juni dürfen nur Kandidaten gewählt werden, die entschlossen sind, für ehrliche Demokratie und Sozialisierung einzutreten!

Knappschäftliches

Die Generalversammlung des anhaltischen Knappschäftvereins

beschäftigte sich in der Hauptfrage mit einer den Verhältnissen entsprechenden Lohnänderung. Die Höchstgrenze des vericherungspflichtigen Einkommens wurde auf 12 000 M. festgesetzt...

Bei Berechnung der Invalidenpension wird für jede Beitragswoche, ebenfalls die anrechnungsfähige Witwenrente, ein Steigerungssatz von 60 Pf. zugrunde gelegt.

Die Mitglieder unserer Jahreshilfsebene bei Berne a. d. Lippe erkannten in ihrer Versammlung am 16. Mai einstimmig an, daß die Beiträge nicht gleichen Schritt gehalten haben mit der Lohnsteigerung...

Aus der Genossenschaftsbewegung

Der Segen der Volksfürsorge

Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung, lernten als Wohlfahrtsorganisation sehr schnell die Familien der hiesigen Bergarbeiter in Langendree am 10. April...

Kameraden! Viele tausende neu zu uns gekommenen kennen die Volksfürsorge noch nicht und lassen sich daher leicht von den Agenten der Privatgesellschaften beschwätzen...

Internationale Rundschau

Die Union der Bergarbeiter Österreichs

Wird ihre Generalversammlung am 30. und 31. August in Leipzig abgehalten. Als Tagungsort sind außer den geschäftlichen Vorgesetzten...

„Faulle Herde“

beschimpft das Organ der österreichischen Großkapitalisten, die „Montanzzeitung“, die Bergarbeiter, welche die Sozialisierung der Bergwerksindustrie fordern...

Aus dem Kreise der Kameraden

Oberbergamtsbezirk Dortmund

Verbandsmitglieder als Reichstagskandidaten

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet befinden sich unter den Reichstagskandidaten folgende Verbandsmitglieder: Heinrich Gansmann (C. P. D.), Otto Guss (C. P. D.), Alfred Janzsch (C. P. D.)...

D.), Heinrich Pieper (U. S. P.), Nicolaus Osterroth (C. P. D.), Julius Kolemman (U. S. P.), August Schmidt (C. P. D.), Welche von den außerhalb des Ruhrgebietes aufgestellten Reichstagskandidaten Verbandsmitglieder sind, ist uns noch nicht berichtet worden...

Lohnerhöhung ohne Kohlenpreiserhöhung

Am 13. und 21. Mai haben die Vertreter der Bergarbeiterverbände die Verhandlungen mit dem Bergarbeiterverband in Essen über die Erneuerung des Tarifvertrages im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau geführt...

Die Werkvertreter erklärten, daß sie diese Lohnerhöhung aus eigenen Mitteln nicht tragen könnten. Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat hat darum beim Reichskohlenverband eine Kohlenpreiserhöhung von 29,10 M. pro Tonne ein schließlich Kohlen- und Umfrachte...

Die Verrechnung der Kohle je Tonne Absatz beträgt also 7,20: 0,566 = 11,43 M. Zur Deckung der gleichmäßig mifehlenden Material- und sonstigen Kosten wurde bei den letzten Preisberechnungen ein Aufschlag von 60 Prozent beantragt und bewilligt...

Der große Ausschub des Reichskohlenpreises ist jetzt berufen, unmittelbar bei der Preisbildung mitzuwirken und dieser würde sicher in eine Nachprüfung der Verrechnung und ihrer Unterlagen eingetretten sein...

Die Vertreter der Bergarbeiterverbände sahen sich infolgedessen vor eine unangeheure schwere Aufgabe gestellt. Bisher mußte jede Lohnerhöhung durch eine Kohlenpreiserhöhung erkauft werden...

Dieser Ausweg ist gefunden worden. Nach langen und schwierigen Verhandlungen mit Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und des Bergarbeiterverbandes am 27. und 28. Mai in Berlin wurde vereinbart...

Die in dieser Form vereinbarte Lohnerhöhung wird vom 1. Juni ab zunächst für einen Monat gesenkt. Was darüber hinaus geschehen soll, bleibt weiteren Vereinbarungen vorbehalten...

Beschlüsse der Jahreshilfsebene

Die Mitglieder unserer Jahreshilfsebene bei Berne a. d. Lippe erkannten in ihrer Versammlung am 16. Mai einstimmig an, daß die Beiträge nicht gleichen Schritt gehalten haben mit der Lohnsteigerung...

Ein mutiger Anionsheld

In der „Freien Arbeiter-Union“ vom 20. Mai befindet sich ein Artikel unter der Überschrift: „Mit welchen Mitteln der Bergarbeiterverband kämpft“, der nicht unwiderrufen bleibt...



Seine Kolonialverwaltung für diese Zwecke her, wohl wissend, daß er dafür eines Tages gefällig werden würde. Auch kam er mit dem Bergbau von Weer in Kontakt, weil er ununterbrochen gegen die Grundbesitzer auf den Wäldersbüscheln opponierte. Bei den Arbeitern und unteren Beamten war er gut angesehen, und eines Tages wurde ihm ein Beamtenposten angeboten, um von einem anderen Weg zu bringen; aber er lehnte ab, um dadurch Verdiensten in die Freierwerft zu tragen. Dieses Verhalten schmeckte A. wiederum als mit der Begründung, daß er die der Arbeiterklasse untreu werden würde. Im Oktober 1907 wurde er auf Anweisung von oben gefällig und entlassen. Da er im nächsten Bezirk keine Arbeit erhalten konnte, mußte er nach Giesfeld ziehen. Das war früher nichts Neues; das mußten sich diese Kameraden gefallen lassen. In dem Artikel der „Freien Arbeiter-Union“ wird nun behauptet, daß die Neuierung Kraus aus demselben Jahr, nach dem ihm einen Beamtenposten angeboten, im Jahre 1907, herabgezogen sei. In Wahrheit sind noch heute Beamte und Arbeiter auf den Wäldersbüscheln, die als Jungen für die geschickte Lausache dienen können. Das war aber auch damals nichts Neues. Manche Verbandsfunktionäre suchte man auf diese Weise „unfähig“ zu machen. (Wie würden die radikalen Unionsheben heute in solchen Fällen zugreifen! Dann könnten sie die armen Stumpels ganz anders strafen wie als Schlichtungsmittel).

Dann heißt es weiter, daß 1912 die Person als Gemeinderatskandidat aufgestellt gewesen sei, die an alle Verbandskameraden von Giesfeld einen Brief geschrieben habe, der gemeiner gehalten war, wie ihn Schatzmacher würden geschrieben haben. Soviele Worte, soviel Unsinns. Gemeint kann nur ein Brief sein, den damals ein notorischer Trinker erhielt, der als Verbandsfunktionär befreit werden mußte. A. hätte dazu die volle Zustimmung aller Kameraden, ausschließlich der Gegenossen des Betreffenden. Auch der Hauptvorstand war mit der damaligen Haltung A. voll einverstanden. Zudem war aber bei fraglicher Wahl A. garnicht aufgestellt, sondern aufgestellt waren die Kameraden Peter Boden und Karl Otter. A. konnte garnicht aufgestellt werden, weil er erst wieder ein halbes Jahr in Giesfeld wohnte. Alle Behauptungen der „Freien Arbeiter-Union“ sind daher komplette Lügen. Der Schreiber muß das wissen, weil er damals A. schon allerdings halbtage zu Hause verjagte, aber überaus abtötete. Wahr aber bleibt von der Geschichte, daß der Redakteur Witt von der Union 1912 bei der fraglichen Gemeinderatswahl zu seine war, seine Stimme für den Sozialismus abzugeben. Nicht nur bei der Hauptwahl, sondern auch bei der Stichwahl blieb er jäh zu Hause, trotzdem die Wahlleiter ihn an seine Pflicht erinnerten. Und wie reaktionäre er sich später! In einer nachfolgenden Partei-Verksammlung bei Thide, als er befehlen mußte, warum er sich an der Wahl vorbehalten habe, sagte er nicht etwas, daß ihm die Kandidaten nicht gepas hätten, sondern er sagte unumwunden, daß er doch nicht habe wählen können, weil er ein Vorgesetzter habe und er fürchten mußte, dadurch in seinem Geschäft Schaden zu erleiden. Das ist der mutige Unionist und Kommunist Witt! Also wegen einer Klasse-Blie, die er eventuell an einen Zentralsmann weniger verkaufen konnte, verweigerte Witt nach eigener Angabe sein Wahlrecht. Also nicht wegen A., sondern aus Feigheit blieb er der Wahl fern. Dann heißt es in dem Artikel, daß auch der Flugblattschreiber bis 1908 keine Courage gehabt habe. O nein, die Sache ist anders. Eben als Junge von 21 Jahren hat er seine Pflicht in einem Orte, wo man damals von Organisation noch nichts hörte, und als Junge von 21 Jahren war er schon Vertrauensmann in den Ruhrbergen; das in einer Zeit, wo man noch nicht für Projekte arbeitete. Und gerade wegen seiner Organisationsfähigkeit mußte er damals von dort fort nach dem Norden des Ruhrgebietes. Und er selbst noch nicht wählen konnte, sorgte er aber die politische Arbeit, unbehindert davon, ob er geschädigt wurde oder nicht. Wegen einer Klasse-Blie machte er sich über seine Kopfweiden, lieber hätte er sich vor Scham verziehen.

Und wie steht es heute mit seinem Aufseher bei den Kameraden? Nachdem das Militär hier eingezogen war und viele Kameraden flüchten gingen oder eingesperrt wurden, wandten sich auch die Unionisten und Kommunisten an ihn. Zeits luden sie ihn heimlich an, weil sie wußten, daß sie von ihm nicht verraten würden, oder sie liebten ihn und respektierten ihn, aber immer mit der Angabe, daß sie zu ihm doch noch das meiste Vertrauen hätten. Ueber Witt aber wunderten sie sich, daß er garnicht zu flüchten brauchte und ihm nicht geschied, trotzdem er doch auch immer den Mund so voll genommen habe. An ihren Äußerungen soll ihr die erkennen! Ob A. aber „zu feig“ war, geht auch aus einem Bericht des früheren Bürgermeisters August aus Wuer hervor, den dieser an das Generalkommando (zur Zeit des Krieges) sandte. Er heißt dort, daß A. die Bergarbeiter aufreize, mehr Lohn zu fordern usw., darum empfahl die hohe Eingehung. Solche Berichte gingen auch von der Bergbauverwaltung, vom Landratsamt usw. an das G. A. ein und A. wurde unendlich gemacht. Darum aber gab A. nichts, aber immer und immer wieder muß er die armen Stumpels, die noch lange ihre Geschlechterung nicht erlangt haben, warten, sich von Schätzlingen einfangen zu lassen, die wohl mit Entsetzungen reden, inwendig aber reichende Waise sind.

**Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippe. Anzeichen auf dem Gimpelhang.**

Man hat aktum Anzeichen nach vorgehen, mit welcher Niederlage: Die im vorigen Jahre begonnene Agitation für die sozialistische-kommunistischen Arbeiterbewegung endete. Nachdem man das Vorgehen durch diese Tagzettel durchschaut hatte, erhielten sie von der gesamten Arbeitererschaft in der Metallindustrie die verdiente Antwort. Aber jetzt glauben diese Arbeitererschütterer, daß ihr Wirken blüht. Denn die freien Gewerkschaften erhöhen oder haben die Beiträge erhöht, und das muß ausgenutzt werden, bevor es zu spät ist. Aber es ist schon zu spät. Das hat die in Zwickau, Bezirk Hannover, abgehaltene Versammlung bewiesen.

Erstens, das Zentrum der Arbeitererschaft in der Seide, sollte gewonnen werden. Denn ist dort der Stolz gelegen, so ist alles schrittweise zu erreichen. So dachte man im Herrscher und im großen Generalstab des Herrn Gegeviß, hochschichtlicher Rechtschmalk, und zwar nicht der Wäldersbüschel. Aber man hatte die Rechnung ohne den Wirt, d. h. ohne die freie Arbeitererschaft gemacht.

Der Redner der ersten Garnitur war ein Herr Kellisch. Dieser redete volle 20 Minuten und gebrauchte in dieser Zeit 12 Mal das Wort „Gewerkschaftsbörse“, ohne offenbar zu wissen, daß das „Börse“ heißt, also Gewerkschaftsbörse. Daneben waren seine Schlagwörter „Gewerkschaftsleiter“, „politische Berufsleiter“ usw. Dann trug er das Märchen vom „Strohmann“ vor und glaubte damit zwei besonders große Geflügel zu haben. Aber trotz der Kunstpause sein Anfall, glaubte man wirklich, daß sich die Bergarbeiter mit solchen Reden einfangen lassen?

Der zweite Redner war ein Herr Kellisch. Dieser redete volle 20 Minuten und gebrauchte in dieser Zeit 12 Mal das Wort „Gewerkschaftsbörse“, ohne offenbar zu wissen, daß das „Börse“ heißt, also Gewerkschaftsbörse. Daneben waren seine Schlagwörter „Gewerkschaftsleiter“, „politische Berufsleiter“ usw. Dann trug er das Märchen vom „Strohmann“ vor und glaubte damit zwei besonders große Geflügel zu haben. Aber trotz der Kunstpause sein Anfall, glaubte man wirklich, daß sich die Bergarbeiter mit solchen Reden einfangen lassen?

Der dritte Redner war ein Herr Kellisch. Dieser redete volle 20 Minuten und gebrauchte in dieser Zeit 12 Mal das Wort „Gewerkschaftsbörse“, ohne offenbar zu wissen, daß das „Börse“ heißt, also Gewerkschaftsbörse. Daneben waren seine Schlagwörter „Gewerkschaftsleiter“, „politische Berufsleiter“ usw. Dann trug er das Märchen vom „Strohmann“ vor und glaubte damit zwei besonders große Geflügel zu haben. Aber trotz der Kunstpause sein Anfall, glaubte man wirklich, daß sich die Bergarbeiter mit solchen Reden einfangen lassen?

Gegeviß ist ein politisch unbeschriebenes Blatt; höchstens können ihn seine Kostenrechnungen berührt gemacht haben. Zum Schluss rechnete unter Kamerad Berlin mit beiden Rechnern ab und erzielte allgemeinen Beifall als er rief: „Ich warne Sie, niemals Ihre Beiträge zu erhöhen oder gar auf drei Mark pro Woche zu setzen; die ganze Gewerkschaft geht in den Ruin.“ Denn was zu Ihnen kommt, sind keine Idealisten, keine überzeugten Männer, sondern Materialisten, die keiner Sache Opfer bringen wollen. Die freien Gewerkschaften sind der Feind, an dem sie zunichte werden!

**Sachsen, Brandenburg und Thüringen. Friedrich Schmidt †.**

Unter Lokalbeamter Friedrich Schmidt ist infolge einer Operation am 10. Mai verstorben. Er hinterließ der Verband einen tüchtigen Kameraden. Schmidt wurde am 28. 8. 88 geboren und trat am 1. 4. 1904 dem Verbande bei. Lange Zeit stand er als Zahlstellenleiter der „Jahreshefte“ vor. Maßregelungen blieben ihm nicht erspart, ohne ihn von seiner Pflicht abzubringen. Seit Oktober war er als Lokalbeamter im Bezirk tätig und hat er sich auch durch das Vertrauen der Kameraden im weitesten Maße erworben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

**Oberbergamtsbezirk Breslau. Spitzelarbeit in Schloßen!**

Auch in schlesischen Bergwerksbezirken treiben Spitzel ihr gemein-schaftliches Unwesen. Sie treten auf als U. S. P., Kommunisten, Unionisten, Zehnthalen, aber immer furchtbar radikal. Sie schimpfen auf „Gewerkschaftsbörsen“, den „alten Verräterverband“ und — erhalten den höchsten Beifall. Nun stellt die sozialistische „Schlesische Bergarbeiter“ einige dieser dunklen Schurken öffentlich an den Pranger. Einer, der sich „Brand“ nennt, ist entlarvt worden als ein Verräter, der mit falschem Namen und großen Geldmitteln operiert. Die niedrige Ortsgruppe der Kommunisten hat den „Brand“ wegen seines verächtlichen Treibens abgelehnt. Das Blatt warnt alle Arbeiter vor dem „Brand“, der stehert im Dienste der Arbeiterfeinde steht. Ein anderer Dunkelmann, der sich „Babi“ nennt und als radikalster U. S. P. den Bergarbeiterverband bekämpft, ist nun von der U. S. P. selbst als Abenteurer und Schwindler entlarvt und an die frische Luft geschickt worden — nachdem er lange Zeit die Arbeiter gegenseitig aufgebracht hatte. Kameraden, seht euch die Verräter genau an, die auf eure Organisation und Vertrauensmänner schimpfen und euch zu „radikalen Taten“ aufzufachen wollen! Laßt euch doch nicht durch „radikale“ Schwindlerneure, die reaktionäre Spitzelarbeit leisten, misleiten. Zeigt die Spitzel einfach an die Luft!

**Nieder-schlesische Bergarbeiterfragen.**

Am 24. und 25. Mai fanden in Neurode und Waldenburg Konferenzen der Vertrauensmänner und Betriebsräte des niederschlesischen Reviers statt. Ein vom Vorstandsentlegter Wismann vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands gehaltenes instruktives Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen, ebenso die Ausführungen des Bezirksleiters Hoffmann. Es entspann sich dann eine rege Diskussion. Die Vertrauensmänner erkannten an, daß von der Forderung auf weitere Lohn- und Arbeitsbedingungen nach sich ziehen würde, abzusehen sei, dagegen müsse mit allen Mitteln dahin gearbeitet werden, daß ein Preisabstuf eintraten müsse, um es dem Bergarbeiter zu ermöglichen, endlich einmal die nötigen Anschaffungen an Wäsche, Schuhwerk und Nahrungsmitteln bewirken zu können. Eine dahingehende Resolution wurde einstimmig angenommen und geht in Form einer Eingabe an die Regierung ab. Kamerad Wismann schloß die Konferenz, die zur Verbesserung der Bedingungen geleistet wurden und gab Bericht, wie weit die Arbeiten der Kommission zum Aufbau des Reichsapparatsschleiers geblieben sind. In Neurode ermahnte noch der Jugendleiter Wismann, die Jugendabteilung des Bergarbeiterverbandes zu stärken. Die Konferenz zeigte einen derart harmonischen Verlauf, daß die Bergarbeiterorganisation stolz darauf sein kann. Dies stelle auch der Bezirksleiter Hoffmann, indem er den Konferenzteilnehmern für ihre rege Arbeit, Einnahme und Betriebsratfragen dankt in der Konferenz ihre Regelung gefunden, dankt, am Schluß der Versammlung mit Freunden feht.

**Drei-gewerkschaftliche Betriebsratkonferenz.**

Die Wahlen der Betriebsräte haben sich in Ober-schlesien aus verschiedenen Ursachen verzögert. Während in anderen Bezirken Deutschlands die Wahlen in den Betriebsräten stattfanden, mußten die Gewerkschaften in Ober-schlesien erst in eine Protestaktion gegen die Inter-alliierte Kommission eintreten, die bekanntlich das Betriebsratsgesetz in Ober-schlesien nicht zur Durchführung kommen lassen wollte. Nachdem der Widerstand der Entente-Kommission gegen den Willen der polnischen Organisation, die in diesem Falle leider den anderen Organisationen in den Rücken fielen, gebrochen war, machten sich weitere Schwierigkeiten bemerkbar. Diese bestanden darin, daß sich verschiedene Grundbesitzer, u. a. die sozialischen Grundbesitzer, mit ihrer Arbeiterschaft nicht einigen konnten, ob für den gesamten Betrieb ein Betriebsrat gewählt oder ob für die einzelnen Schichtanlagen Betriebsräte gewählt werden sollten. Durch das Eingreifen unserer Bezirksleitung bei dem Minister für Handel und Gewerbe ist nunmehr auch diese Angelegenheit zu Gunsten der Arbeiterschaft entschieden worden. Diese Schwierigkeiten haben es mit sich gebracht, daß die Wahlen in Ober-schlesien eine Verzögerung erfahren und noch heute auf einer ganzen Anzahl von Betrieben die Wahlen noch nicht stattgefunden haben. Aus diesem Grunde ist auch die Festlegung eines gemeinsamen Organisationskongresses der Gewerkschaften und der Betriebsräte verzögert worden. Gegenwärtig finden zwischen dem Arbeitereverband und den Gewerkschaften fortwährende Verhandlungen über die Art des Amtsantritts der Betriebsräte statt. Es sind leider nicht alle Fragen, die das glatte Funktionieren der Betriebsräte ermöglichen, durch das Gesetz geregelt worden. Um nur einen Punkt herauszugreifen, fräuben sich die Arbeitgeber, Betriebsratsmitglieder freizustellen. Ueber diese und ähnliche Fragen wird es deshalb noch harte Kämpfe geben, die nur in enger Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten gelöst werden können. Diese Ansicht ist heute fast allgemein geworden; so hat u. a. die Berliner Gewerkschaftskommission, deren Mitglieder, nebstbei gesagt, in ihrer Mehrheit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehören und deren Vorsitzender Kusch ebenfalls der genannten Partei angehört, einen Beschluß gefaßt, in dem es u. a. wie folgt heißt: „Da die Gewerkschaften bis zur Erreichung dieses höchsten Zieles (Einigung aller Parteien und Gewerkschaften) nicht untätig bleiben können, sollen die Betriebsräte von den einzelnen Gewerkschaften aufammengefaßt werden. Es sind regelmäßige Versammlungen der Betriebsräte der Gewerkschaften abzuhalten, die sich mit den Fragen der Säuerung und Widmung der Betriebsräte und der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu beschäftigen haben.“ Um ein einheitliches Aktionsprogramm aller freigestellten Betriebsräte zu entwickeln und zu allen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, hat deshalb der Bezirksrat der freien Gewerkschaften für Ober-schlesien am 30. Mai in die Reichshalle in Katowice einen Betriebsrats-Kongress aller freigestellten Betriebsräte einberufen, worüber wir noch berichten werden.

**Verbandsnachrichten.**

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 21. Woche (vom 30. Mai bis 5. Juni 1920) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge. Jedes Mitglied ist auch verpflichtet, die Mitglieder-versammlungen regelmäßig zu besuchen.

**An alle die, welche an den Verband schreiben.**

Um uns gegenseitig die Arbeit nicht zu erschweren, und um unnütze Schreibereien zu vermeiden, muß folgendes beachtet werden: Unser Zentralbureau ist in verschiedene Abteilungen eingeteilt. Wer was mitteilen hat, muß für jede Abteilung einen besonderen Bogen Papier nehmen. Es darf nicht auf ein Blatt für 6-7 Abteilungen alles durcheinander geschrieben werden, da wir sonst für jede Abteilung die Mitteilung ablesen müssen. Unter jeder Mitteilung ist neben dem Namen die Adresse des Absenders und der Zahlstellennummer zu setzen. Der Verband ist nur für die Organisations- und die Zahlstellennummer bei jeder Mitteilung wissen, mit wem wir es zu tun haben. Im Zukunft können wir schreiben, welche nicht mit dem Zahlstellennummer versehen sind, nicht mehr beantwortet; denn es ist unmöglich, daß wir jedes Mitglied kennen.

**Betrifft Abrechnung.**  
Um unnütze Barkausstellungen zu vermeiden, ersuchen wir, von mehrmaligen Barkausstellungen und den damit verbundenen Doppelpendungen in einem Monat für die Zukunft Abstand zu nehmen. Die genügende Anzahl von Marken muß bei der monatlichen Abrechnung angefordert werden.  
Die Hauptkassse.

**Betrifft Unfallunterstützungskasse für Funktionäre.**  
Der diesmaligen Geltungsendung liegt für jede Zahlstelle ein Exemplar des Statuts der Unfallunterstützungskasse für die Verbandsfunktionäre bei. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Statut der Unfallunterstützungskasse vom 25. Juli 1919 jetzt unglücklich ist. Die Beitragszahlung durch die Zahlstellen ist mit dem neuen Statut fortgesetzt, die Mittel werden durch Beiträge der Hauptkassse und Angestellten aufgebracht.  
Der Vorstand.

**An die Ortsverwaltungen und Tagesarbeiter des Ruhrreviers.**

Mit dem 1. Juni 1920 wird in Essen, Gröbenstr. 17, im Anschluß an unsere dortige Bezirksleitung eine Geschäftsstelle für die Tagesarbeiter des Ruhrreviers errichtet. Mit der Verwaltung der Geschäftsstelle ist der Bezirksleiter Friedrich Trampenan beauftragt. Alle Zuschriften, die sich auf die Organisation und Agitation der Tagesarbeiter beziehen, sind durch Vermittlung der zuständigen Bezirksleitungen an den Kameraden Friedrich Trampenan in Essen, Gröbenstr. 17, (Telefon 1475) zu richten.

**An die Ortsverwaltungen.**

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo entweder Briefe garnicht oder nur ungenügend frankiert werden. Bei ungenügender Frankierung ist jedesmal eine Erase in doppelter Höhe des Postbetrages zu zahlen. Durch das Strafporto wird die Hauptkassse ganz empfindlich geschädigt, was bei einiger Aufmerksamkeit vermieden werden kann. Im nachfolgenden lassen wir die neuen Postgebühren hier folgen.

**Die neuesten Postgebühren.**

<b>Briefe</b> (im Orts- und Fernverkehr)	bis 20 Gramm	40 Pf.
	über 20 bis 250 Gramm	60 "
ins Ausland (für je 20 Gr. 60 Pf.) mind.		80 "
ver Postantrag		150 "
<b>Postkarten</b> (im Orts- und Fernverkehr)		30 "
(mit Antwort doppelt ins Ausland)		40 "
<b>Einschreib-Sendungen</b> Porto u. betr. Sendung u.		50 "
<b>Drucksachen</b> bis 10 Gramm		10 "
	über 10 bis 100 Gramm	20 "
	über 100 bis 250 Gramm	40 "
	über 250 bis 500 Gramm	60 "
	über 500 bis 1000 Gramm	80 "
<b>Geschäftspapiere</b> bis 250 Gramm		40 "
	über 250 bis 500 Gramm	60 "
	über 500 bis 1000 Gramm	80 "
<b>Barrenproben</b> bis 250 Gramma		40 "
	über 250 bis 500 Gramm	60 "
<b>Risikoforderungen</b> bis 250 Gramm		40 "
	über 250 bis 500 Gramm	60 "
	über 500 bis 1000 Gramm	80 "
<b>Postanweisungen</b>	bis 50 Mark	50 "
	über 50 " 250 "	100 "
	" 250 " 500 "	150 "
	" 500 " 1000 "	200 "
<b>Postscheldeneinzahlungen</b> b. 25 Mt. 5 Pf., ü. 25 Mt. 10		
<b>Päckchen</b> (bis zwei Pfund schwer)		100 "
<b>Pakete</b> i. d. Nachzone (bis 75 Kilom.), Fernzone (ü. 75 Kilom.)		200 Pf.
	bis 5 Kilogr. 125 Pf.	
	über 5 " 10 "	300 "
	" 10 " 15 "	500 "
	" 15 " 20 "	800 "
	" 20 " 25 "	1200 "
Ersparnis: Pakete die doppelt, dringende Pakete die dreifach Gebühr; sperrige dringende Pakete sind vom Zuerstzulassung befreit.		
Wertsendungen Briefe kosten außer Einschreibgebühr und Porto für je 1000 Mt. Wertangabe 1 Mt., Wertpakete bis 500 Mt. 1 Mt., bis 1000 Mt. 2 Mt. und für jedes darüber hinausgehende 1000 Mt. oder einen Teil davon weitere 2 Mt. Versicherungszahlung.		
Telegramme kosten im Orts- und Fernverkehr pro Wort 20 Pf., mindestens aber 2 Mark.		

(Bitte anschniden und aufbewahren!)

**Rechtschutz.**  
Achtung! Kameraden des Bezirks Lünen. Der bisher jeden Freitag im Verbandsbureau Lünen, Wäldersbüschel, 2. etliche Rechtschutz wird ab 4. Juni jeden Freitag in denselben Stunden wie bisher in der Wirtschaft Kessmarck teilt. Am selben Tage wird auch in Verbandsangelegenheiten Auskunft gegeben.  
Die Bezirksleitung.

**Lokalbeitrag.**  
Zahlstelle Essen-Walden. Auf Beschluß der Mitglieder-versammlung vom 9. 5. 1920 wird jeden zweiten Monat ein Lokalbeitrag von 10 Pf. erhoben. Von diesem Gelde soll die Saalmiete bezahlt werden, damit die Zahlstellenverammlungen ohne Ausschluß stattfinden können. Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Beitrag zu zahlen.  
Die Ortsverwaltung.

**Abwesenheitsänderungen.**  
Barmen, Vertrauensmann: Wilhelm Weber, Rosenstraße 24.  
Kassierer: Paul Wesseler, Wäldersbüschel Markt 6.

Für das Material ist die Stelle eines Lokalbeamten fällig zu besetzen. Bewerber soll agitatorisch befähigt sein und möglichst aus der Metallindustrie sein. Zeitgeschriebene Bewerbungen über die Aufgaben eines Lokalbeamten sind bis 10. Juni an die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes in Salzgungen, Bahnhofstr. 656, zu richten.

Die Verkündigungen gegen den Boten Johann Müller sind als un wahr erwießen worden und waren wir vor Weiterverbreitung, da wir getuschelt vorgehen werden.  
Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Wehausen II.

Vermittelt werden: der Schiffe Marg Seidel, 3. M.-G. Komp., Inf.-Regt. 419, III. Bata., seit dem 25. 8. 1918. Ich bitte diejenigen Kameraden, die über sein Schicksal etwas wissen, den Eltern Nachricht zu geben an Karl Seidel, Dortmund, Münsterstr. 253. — Der Arztagelungene Leo Würger, zuletzt im September 1918 bei der 1. Komp. Inf.-Regt. 21, getötet dann in französischer Gefangenschaft. Seine letzte Mitteilung aus der Gefangenschaft (Verdonner de Guerre Nr. 223) datiert vom Juni 1919. Seitdem haben seine Verwandten nicht mehr von ihm gehört. Zweidienliche Angaben werden erbeten an Josef Würger in Wassen i. Westf., Wasserfuerstr. 9. — Seit dem 31. Juli 1917 der Infanterist Johann Frank, Inf.-Regt. 23, I. Bata., 3. Komp. Anstufte erbitet Karl Frank, Weidingshausen, Wäldersbüschel 53. — Seit dem 20. 12. 1914 bei La Baule in Frankreich der. Ref. Paul Sartmann, Inf.-Regt. 57, 7. Komp. Angaben erbitet die Witwe Emma Sartmann, Hamborn a. Rh., Schmidthofstr. 9.

**Broschüre Sine-Rojemann**  
Preis für Mitglieder 75 Pf., im Uchhaufel 1,50 Mt.  
Verlag von H. Hansmann & Co. Barmen in Wehl.